

MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Geschäftsstelle:
Tel.: 3899810 Fax: 3899811



Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI

Rück- und Ausblick von 2018 auf 2019

2018: Eine besorgniserregende Weltlage, weitere barbarische Terrorakte, große Folgeprobleme der unregulierten Völkerwanderung speziell nach Deutschland und eine abflauende Weltkonjunktur, dazu enorme Auflösungserscheinungen der deutschen Zivilgesellschaft mit erschreckendem Niedergang von Demokratie und Rechtsstaat. Und 2019?

Was kommt nach dem vergeudeteten Jahr 2018? Erlebt Mülheim 2019 einen richtig großen Absturz?

Unter welcher Überschrift wird das vergangene Jahr 2018 in die Annalen eingehen? Die Auswahl ist nahezu endlos: Brexit, GroKo, Italien, DSGVO, USA-Chaos, Erdolf-Wahl, Putin-Eskapaden, China und, und, und ..

Die Nachkriegs-Weltordnung scheint völlig aus den Fugen zu geraten.

Das wäre kein Weltuntergang, gäbe es nicht in Deutschland den problematischen Trend der organisierten Denk-Abwehr der politischen Elite, verstärkt durch einen Großteil der Meinungsindustrie, die krampfhaft nach Ablenkungsmanövern sucht und zusehends eher Hysterie erzeugt selbst zu simpelsten Themen wie Özil, der Essener Tafel, den böartigen Morden an deutschen jungen Frauen uswufuswuf....

Während die Welt an vielen Ecken lichterloh brennt, wird im vordergründig beschaulichen Mülheim der Anschein hochgehalten, als sei hier trotz eines unfassbaren Durcheinanders und des großen Aderlasses der Wirtschaft (Brenntag, Tengelmann, Siemens u.v.m.) das „Weiter wie gehabt“ noch möglich, wenn man z.B. nur den OB als den Dauer-Sündenbock angreifen kann. Die WAZ-Medien spielen artig mit und versuchen, nachdenklichere Stimmen wie die MBI zu ignorieren und wenn unmöglich, zu marginalisieren oder zu verstümmeln.

Mülheim toppte fast alles mit 2018 als dem Jahr des Dauerchaos!

Die Thyssenbrücke, das Wennmann-Bad, der Fahrrad-Lift an der neuen Rad-Autobahn, der Fehlversuch einer neuen Friedhofsordnung, der geplante Ruhrbadestrand ohne Aussicht auf Umsetzung, die leerstehenden teuren Flüchtlingsunterkünfte, die aus allen Nähten platzenden Grundschulen, der monströse Riesenbau mit quasi-Schießscharten auf dem ex-Kaufhof-Gelände, das ÖPNV-Dauerdesaster uswuf. - man könnte seitenlang weiter Halbgares und Missslungenes aus Mülheim 2018 aufzählen.



Alles aber wurde in den Schatten gestellt durch 1.) **das unwürdige und erfolglose Dauertheater, um den OB zum vorzeitigen Rücktritt zu zwingen** (mehr auf S. 2) 2.) **die totale Unfähigkeit und den Unwillen, endlich mit einem seriösen Haushalt das Etatdesaster anzugehen, dafür dann überfallartig eine 39%ige Grundsteuererhöhung durchgepeitscht** (mehr auf S. 3) und 3.) **die gnadenlos gegen Sinn und Verstand, aber auch gegen den manifestierten Bürgerwillen betriebene weitere VHS-Zerstörung!** Etliche Mülheimer Spitzenpositionen sind aufgrund der jahrelangen Filz-, Vettern- und Cousinenwirtschaft in 12 Jahren Mühlenfeld ausgesprochen unprofessionell besetzt. Nach deren Abgang ging das weiter mit den kaum fassbaren Fehlbesetzungen Bonan und Mendack. Und nun soll auch der Ernst-Nachfolger nach bekanntem Mauschelprinzip gefunden werden! Immer neue Fehlprognosen, Gutachterorgien und schwer nachvollziehbare Ineffizienz sowie gehörige Geldverschwendung sind die typischen Folgen dieser Personalpolitik. Gegen das dreiste Husarenstück mit der VHS-Schließung organisierte die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ ein außergewöhnlich erfolgreiches Bürgerbegehren. Auch das juckte Verwaltung und Ratsmehrheit wenig und sie erklärten das Begehren einfach für unzulässig. Das muss nun vor Gericht korrigiert werden! Die böse VHS-Geschichte hat schwerwiegende Folgen: **Integration und Weiterbildung in Zeiten von Massenzuwanderung und Digitalisierung haben durch diesen Willkürakt schwerwiegende Rückschläge erlitten, ebenso die Glaubwürdigkeit von Verwaltung, Lokalpolitik und WAZ-Medien.**

Die fünf menschlichen Sinne schienen sich in 2018 in der Stadt mit Ruhrbania mitunter auf folgende Sondersinne konzentriert zu haben: **Un-, Blöd-, Stumpf-, Schwachsinn und nicht zuletzt Wahnsinn!**

Das SPD-Selbstmordkommando, getarnt als OB-„Affäre“



Auch in der Ratssitzung am 11. Okt. 2018 war das Hauptthema erneut die hochgradig beschämende Mülheimer OB-„Affäre“, inkl. einer Hauptausschusssitzung bereits zum 5. Mal mit inzwischen über 12 Stunden fast nur Peinlichkeiten. Dabei hat Mülheim Mammutprobleme zu Hauf, die dringendst angegangen werden müssen, will die Stadt nicht untergehen!

Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat nach dreieinhalb Monaten Prüfung einen Anfangsverdacht wegen evtl. Veruntreuung öffentlicher Gelder durch OB Scholten festgestellt, also das, was das SPD-Quartett Mendack (Kämmerer), Ernst (Sozialdezernent), Spliethoff (Fraktionschef) und Schindler (Fraktionsgeschäftsführer) Ende Mai bereits medienträchtig verkündeten, **just zum Zeitpunkt, als Scholten nach einer Operation und dann auch noch dem Tod seiner Frau angeschlagen war. Von Respekt vor der grundgesetzlich verbrieften Unschuldsvermutung oder den Grundregeln von Anstand keine Spur.**



Da StA und RP damals gleichzeitig eingeschaltet wurden, hätte die „Causa Scholten“ doch eigentlich erst einmal wegen „laufendem Verfahren“ zurückgestellt werden müssen, bis die Kontrollbehörden zu Ergebnissen gelangt sind. Doch Mülheim erlebte das Gegenteil, denn von allen nur erdenklichen Seiten wurde versucht, OB Scholten, auch SPD-Unterbezirksvorsitzender, immer weiter und fast ununterbrochen in die Enge zu treiben. Das erinnerte fatal an bösartige Scheidungsverfahren. Bis heute ist z.B. unklar, auf was das unwürdige Theater eigentlich hinauslaufen soll, außer **„dem OB den Garaus zu machen“**, wie aus der SPD-Fraktion im Juni in der WAZ zitiert wurde. Geeignete Kandidat/innen für den Schleudersitz als OB in der abgewirtschafteten Stadt Mülheim sind weder in Sicht, noch haben sich welche dafür profiliert.

Sofort nach der Nachricht von der StA Mitte Sept. forderten WAZ und BAMH erneut vehement den OB zum Rücktritt auf. CDU, FDP und Grüne verlangten, er solle das Amt ruhen lassen, was aber Kokoloeres ist. Die SPD eierte erneut um sich selbst herum und Scholten denkt nicht an Rücktritt trotz aller Kampagnen gegen seine Person. Warum sollte er das auch tun, denn gewählt wurde er direkt von der Bevölkerung und nur die kann ihn abwählen. Der Rat könnte zwar mit Zweidrittel-Mehrheit ein Abwahlverfahren beschließen, was einen Bürgerentscheid erzwingen würde, solange der OB nicht von selbst das Handtuch wirft. **Eine abstoßende Schmierkomödie**, die in Mülheim seit Ende Mai live und ununterbrochen aufgeführt wird.

Vorreiterstadt Mülheim bei der Demokratiezerstörung?

- 1.) Seit Ende Mai ist nichts substantiell Neues zu den Vorwürfen gegen Scholten hinzugekommen. Die behauptete Veruntreuung öffentlicher Gelder bezog sich auf zuerst 8500 € nicht ordnungsgemäß verbuchter Spesenausgaben aus dem Topf seiner Verfügungsmittel aus zweieinhalb Jahren. Inzwischen geht es „nur noch“ um ca. 2500 €, bei denen ungeklärt ist, was Anlass und teilnehmende Personen im einzelnen waren. Da der OB diese länger zurückliegenden Termine nicht mehr aufklären konnte, hat er zugesagt das Geld zurückzuzahlen. Für die Zukunft hat er einen Katalog zur Selbstbeschränkung vorgelegt.
- 2.) Was die Geschichte so aufgebauscht aussehen läßt, sind zwei Dinge bzw. Sachverhalte:
 - Zum einen gab es bisher keine Vorgaben, für was und wie ein/e OB die Verfügungsmittel nutzen könne.
 - Zum zweiten hatte das Rechnungsprüfungsamt bereits 1 Jahr zuvor bemängelt, dass die Spesenquittungen keine Nachweise über Anlässe und Teilnehmer aufwiesen. Das hat damals keine/n interessiert, auch den Kämmerer nicht. Er hätte auch mit dem OB ohne größere Probleme alles regeln können und müssen.
- 3.) Die SPD versucht bundes- und landesweit, ihre Abwärtsspirale zu stoppen. Weil sie nicht an die wahren Ursachen heran will, tappt sie von einem Fettnapf in den nächsten. Was sie aber in Mülheim vorführt, ist pure Selbstverstümmelung oder ein irrationaler Selbstmordversuch - zu Lasten der arg gebeutelten Stadt.
- 4.) Der BAMH-Scharfmacher Hartmann wurde für die AfD gewählt und ist Staatsanwalt in Duisburg.
- 5.) Die WAZ beschleunigt seit längerem auch in Mülheim die Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft.
- 6.) Die StA Duisburg hatte bislang wenig unternommen, wenn wirklich bedeutsame Veruntreuung oder Gesetzesbrüche angezeigt wurden vgl. loveparade-Katastrophe oder swap-Verluste uswusf. Und nun ermittelt sie gegen Scholten wegen vergleichsweise sehr wenig. Das verstehe, wer will oder was wer will.
- 7.) **Bis heute ist unklar, warum der OB unbedingt weg soll. Doch darüber zu spekulieren, ist müßig, vielleicht kommt es irgendwann noch raus!**

Erhöhungsjörgie bei der Grundsteuer überfallartig, unsozial und perspektivlos! Eigentümer oder Mieter: Grundsteuer trifft alle!

Die kräftige Erhöhung der Grundsteuer B von 600 auf 890 Punkte = 39%-mehr(!) werden auch viele Tausende von Mülheimer Mietern im nächsten Jahr ausbaden müssen. Wohnungsgesellschaften werden die Erhöhung weiterreichen. Beim SWB geht man von 100 Euro pro Haushalt aus. Private Vermieter werden das ebenfalls tun, sofern das in einigen ganz alten Mietverträgen nicht enthalten war. Dann müssen die Vermieter das alleine zahlen.

All das ist keine Überraschung und musste Kämmerer, SPD, CDU, Grünen und RP bewusst und bekannt sein, bevor dieser höchst unsoziale Beschluss als Ausdruck einer fantasie- und perspektivlosen Mülheimer Haushaltspolitik am 6. Dezember gefasst wurde.

Was aber einen besonders üblen Nachgeschmack erzeugt, ist die Art und Weise, wie das auch dieses Jahr wieder gemacht wurde. In geheimen Mäuschelrunden wurde über die Mülheimer Haushaltskatastrophe auch dieses Jahr wieder so gekungelt, dass erst am Tage der Verabschiedung des Etats die betroffene Öffentlichkeit erfuhr, was ihr drohen könnte. In den vergangenen Jahren waren es dann immer ominöse „Haushaltsbegleitbeschlüsse“ per Tischvorlage von mal SPD+CDU, dann SPD+Grünen, dann SPD+Grünen+Tuncer, in diesem Jahr „nur“ die Tischvorlage des Kämmerers. Im Nachhinein kann dann die Öffentlichkeit das Ausgekungelte jeweils zur Kenntnis nehmen und sich aufregen oder resigniert die Faust in der Tasche ballen oder was auch immer.

Diese Art von überfallartigen Beschlüssen hat mit Demokratie nicht wirklich



viel zu tun, es schwächt das Vertrauen in selbige enorm, ganz unabhängig davon, dass alle derart in den letzten Jahren beschlossenen „Haushalte“ (hat in MH nichts mit haushalten zu tun) der Stadt Mülheim das finanzielle Desaster immer mehr vergrößert haben!

Nur am Rande: Seit Jahren haben die MBI davor gewarnt, Fehlentwicklungen aufgezeigt und häufig dafür nur Prügel bezogen, wie dieses Jahr z.B. von den Grünen. Doch egal. Ein viel größeres Problem besteht darin, dass die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer B in 2019 nach mehrfachen

Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes geändert werden muss. Für etliche Eigentümer und in der Folge auch Mieter wird damit die Grundsteuer steigen, für andere evtl. weniger ausmachen. Damit wird die Erhöhungsjörgie in Mülheim noch böse Auswirkungen für manche Bürger/innen haben. Doch soweit haben die Schuldenspezialist/innen in Rat und Kämmererei sowie RP sicher nicht gedacht. Über den Tellerrand oder ein klein wenig in die Zukunft schauen, war im Mülheim des letzten Jahrzehnts ohnehin verpönt, man denke nur an die desaströsen Abenteuer mit swaps, Währungswetten, unzähligen Umwegfinanzierungen mit PPP, die gigantischen Vorleistungen für Ruhrbania, die mutwillige VHS-Zerstörung oder, und, oder

ÖPNV-Kirchturmspolitik im Ruhrgebiet und gleichzeitig Dieselfahrverbote? Wie weltfremd ist das denn?!

Als großes Problem wird sich die Landesregierung endlich der ÖPNV-Frage im Ruhrgebiet widmen müssen, ob sie will oder nicht. Auch das ist ein wesentlicher Standortnachteil für das Ruhrgebiet. Der Sanierungsstau ist gigantisch, der in 28 Gesellschaften zerstückelte Nahverkehr des Ruhrgebiets ist sauteuer und arg ineffektiv. Die Fusion der Kirchturmsgesellschaften ist notwendige Voraussetzung für einen besseren und billigeren ÖPNV. Dieser lange überfällige Prozess kann aber nur funktionieren, wenn das Land die Teilstädte dazu zwingt, was SPD-Regierungen aus Rücksicht auf ihre Leute in den Einzelstädten nicht wollten oder konnten! **Dieses virulente Problem hat höchste Priorität!**



Mülheim 2019: Augen zu und schnurstracks tiefer in ein Dauerchaos?!

Schwerwiegende Probleme haben sich aufgetürmt in Mülheim/Ruhr: Eine Innenstadtkrise, auch als Folge von Ruhrbania, ebenso die missratene Verkehrsführung, dazu ein perspektivloses ÖPNV-Konzept trotz jahrelanger Dauerdiskussion inkl. inflationärer Gutachteritis, und über allem eine nahezu hoffnungslose Haushaltskatastrophe, nicht zuletzt auch durch die viel zu engen Bindungen an das trudelnde RWE, weitaus größer als bei allen anderen RWE-Städten. Doch bisher wollten die Mülheimer Verantwortlichen sich durch nichts abbringen lassen von ihrem Kurs immer tiefer in die Sackgasse. Dafür dann Gesundbeterei, immer neue Projekte, immer neue Baustellen als Flucht nach vorne trotz der vielen Scherbenhaufen. Doch ein „Weiter wie gehabt“ wird aus vielerlei Gründen auch mit noch mehr Landeshilfen nicht mehr lange gut gehen! Im folgenden einige Schwerpunkte dessen, was überfällig ist und seit längerem von den MBI immer wieder angemahnt wurde und wird.

- ◆ **Das erbärmliche Gehampel um die ÖPNV-Zukunft wie zuletzt erneut um den Kahlenbergast der 104 muss beendet werden! Ministerium und RP müssen die Federführung übernehmen und die Ruhrstädte zur Fusion ihrer Verkehrsgesellschaften zwingen, zuerst im westlichen Ruhrgebiet (DU, MH, E und OB!). Der miserable Start der MVG-EVAG-Fusion als richtigem kleinen Schritt zeigte erneut, dass die Kirchtürme vorrangig nur an Pöstchen u.ä. denken. Der Nahverkehrsplan muss dringend völlig überarbeitet werden, und zwar als gemeinsamer NVP aus einem Guss mit Essen, Duisburg und Oberhausen.**
- ◆ Die bisherige große Abhängigkeit vom RWE, demnächst auch Eon, muss verringert werden, soweit noch möglich, nachdem mit dem medl-Vertrag auch noch der RWE-Anteil am SWB und die Stromkonzession auf viele weitere Jahre verlängert wurden! Die Übernahme von Innogy als Mutter von RWW, medl und SWB sowie der lukrativen Stromkonzession durch Eon birgt größere Risiken, siehe Verkauf der ex-Eon-Tochter Uniper. Was mit den Millionen RWE-Aktien noch Sinnvolleres als bisher getan werden kann, ist z.Zt. nicht absehbar. Evtl. müssen die Aktien sogar als Verlust großenteils abgeschrieben werden.
- ◆ **Das OB-bashing muss unverzüglich beendet werden, 2020 finden ohnehin Neuwahlen statt. Der Dezernatzuschnitt muss mit dem Ernst-Abgang neu geordnet und der Nachfolger einzig nach Eignung, unabhängig von jedem Parteibuch, ernannt werden, anders als bei Bonan und Mendack!**
- ◆ Selbstbedienungsmentalität und Misswirtschaft in Serie müssen eingedämmt werden! Es sind nicht nur die üppigen Gehälter in den städtischen Beteiligungen, der Fall Rinas hat auch einen unvorstellbaren Sumpf in diversen Korruptionsnetzwerken offenbart. Der ImmoService als kostenintensivste und deutlich ineffektive städtische Abteilung muss auf gänzlich andere Füße gestellt werden!
- ◆ **Bei Immobilienspekulanten herrscht Goldgräberstimmung insbesondere für meist Luxuswohnungen in den grünen oder den Außenbereichen, selbst bei bereits mehrfach gescheiterten Bauprojekten wie auf dem Acker Tinkrathstraße. Die Stadt muss der momentanen Bauwut einen Riegel vorschieben und sich aktiv bemühen, den Bau von Sozialwohnungen in Baulücken und Innenbereichen zu forcieren.**
- ◆ Die gesamte Schulpolitik muss auf den Prüfstand wegen der rasant gestiegenen Kinder- und Schülerzahl und der drohenden Überforderung der Bildungseinrichtungen durch Inklusion und die vielen Seiteneinsteiger aus der Zuwanderung. Eine Neuauflage der Schulentwicklungsplanung ist akut und überfällig!
- ◆ **Die VHS muss möglichst bald wieder im Gebäude am MüGa-Rand stattfinden, die lange verschleppte Brandschutzsanierung kann nach und nach bei laufendem Betrieb durchgeführt werden. Der Interimsstandort Aktienstr. jedenfalls ist ungeeignet und eine Zumutung!**

Insbesondere der letzte Punkt ist in vielerlei Hinsicht von ganz entscheidender Bedeutung, ob nämlich die Stadt Mülheim den ohnehin schwierigen Prozess der Integration zugewanderter Menschen überhaupt noch steuern können will oder ob ihr der Verkauf des VHS-Geländes mehr bedeutet!

Die MBI rufen weiterhin auf, für die **Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge auch in NRW** zu unterschreiben, u.a. auch im MBI-Büro. Bis Weihnachten hatten bereits sensationell fast 180.000 unterschrieben, viele auch aus Mülheim! 66.000 waren nötig, damit der Landtag sich damit beschäftigen muss! Doch: Je mehr, je wirkungsvoller!





Einlegeblatt

Am 18. Dez. verabschiedete die UN-Vollversammlung den Migrationspakt, an dem die Merkel-Regierung federführend mitgewirkt hatte. Wesentliche Einwanderungsländer wie USA, Australien, Chile, die Schweiz und Israel, aber auch etliche EU-Staaten wie Litauen, Lettland, Polen, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Slowakei, Italien und Tschechien machten nicht mit, Brasilien wird wieder aussteigen und in Belgien sowie Estland zerbrachen die Regierungen an der Frage. Alle Auswanderungsländer unterstützen den Pakt, von dem Kritiker behaupten, er definiere Migration als Menschenrecht und schränke nationale Souveränität ein. Die übergroße Bundestagsmehrheit und die meisten Medien wurden nicht müde, den Pakt als völlig unverbindlich hinzustellen. Wie dem auch sei, die Masseneinwanderung der letzten Jahre, ob legal aus EU-Staaten oder mit/ohne Berechtigung als Asylanten, hat Deutschland in vielen Grundfesten erschüttert. Die Folgen einer romantisierenden, weltfremden deutschen Einwanderungspolitik werden uns alle noch länger in Atem halten.

Migration und Integration hierzulande getrennte Welten?

Vorab eine Art Binsenweisheit: *Eine Gesellschaft, die Angst vor ihrer eigenen Identität hat oder sich selbst in Teilen dafür hasst, kann keine wirklich positiven Angebote zur dauerhaften Integration machen. Auch deshalb kann von Integration speziell in Deutschland kaum die Rede sein. Ein Großteil der Migranten, die zu uns gekommen sind, lebt in Parallelgesellschaften, (kein) Zufall?* Die Zauberworte als Lösungsansätze in der hochgradig problematischen Frage der Völkerwanderung nach Europa und insbesondere nach Deutschland lauten „**Integration**“ und „**Bekämpfung der Fluchtursachen**“. Beides ist richtig und wichtig, nur hat man in den deutschen öffentlichen Debatten um diese enorm bedeutsamen Themen selten den Eindruck, als wüssten Politiker, Experten und Journalisten, wovon sie genau reden. Meist wird viel pauschalisiert, ideologisiert, polemisiert, moralisiert, häufig fast alle Realitäten ausgeblendet. Für Integration werden zwar Unsummen an Geldern bereitgestellt, doch wenn es um Konzepte geht, geht vieles wie Kraut und Rüben durcheinander. Eine klare Linie ist kaum erkennbar, anders als z.B. in Dänemark, Norwegen o.a. Ländern. Das verstört nicht nur immer größere Teile derjenigen Bevölkerung, die laut Merkel schon länger hier lebt, es verunsichert auch viele neu Hinzugekommene, selbst wenn sie ernsthaft integriert werden wollen. Die Folgen sind zunehmende Parallelgesellschaften und damit die immer tiefgreifendere Spaltung der Gesellschaft, trotz Wirtschaftsbooms auch des noch reichen Deutschland.

Real erleben wir eher Segregation statt Integration und eine demokratiezerstörende Propaganda, um nur ja die Problemlage klein und weg zu reden.

Ähnlich durcheinander geht es bei den Vorschlägen und Vorstellungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Auch dabei erhält man mitunter den Eindruck, als redeten viele z.T. absichtlich aneinander vorbei, nur um ihre sorgsam behüteten Weltbilder bzw. Klischeevorstellungen nicht hinterfragen oder gar revidieren zu müssen (oder aber auch, um bestimmte Fördergelder und Projektzuschüsse nicht zu gefährden, ähnlich wie bei manchen Integrations“spezialisten“).

Jedenfalls bedarf es dringend anderer Strategien auf beiden o.g. Feldern. Leute mit Ahnung, Erfahrung und sicher auch realitätsnäheren Vorschlägen gibt es hierzulande ausreichend viele, doch sie werden anscheinend meist lieber nicht gefragt. Das könnte ja ein Umdenken notwendig machen oder mitunter ein ach so schön klingendes eigenes Projekt aus einer Zuschussliste heraus befördern, ganz abgesehen von den direkten Profiteuren einer starken Zuwanderung.

Ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, ist entschieden - statistisch. Fast jeder Vierte (24 %) hat inzwischen ausländische Wurzeln, stellte das Statistische Bundesamt im August fest, 51 % davon besitzen einen deutschen Pass. Die Zuwanderungsquote steigt rasant, die deutsche ältere Bevölkerung aber schrumpft. **Und: Die junge Generation hat mit 38 % einen höheren Migrantenanteil als die USA.** Die neuesten Zahlen von Eurostat vom Juli 2018 für im Ausland geborene Einwohner ergeben für Deutschland 12,5 Millionen, für Großbritannien 9,3, Frankreich 8,14 und Italien 6,05. Der durchschnittliche Ausländeranteil wird mit 7% angegeben, wobei Luxemburg und Schweden prozentual weit höher liegen, aber Deutschland und England in absoluten Zahlen die größten Anteile tragen.

Selbst der bisherige Stolz Kanadas auf seine tolerante Superdiversität stößt inzwischen dort zunehmend auf Skepsis, nicht zuletzt auch, weil frühere Einwanderer meist die nachfolgenden als zu viel im Boot empfinden, obwohl sich Kanada seine Einwanderer viel gezielter nach Bedarf aussucht, im Gegensatz zu Deutschland.

Die Massenzuwanderung der letzten Jahre nach Deutschland hat auch überdeutlich eine gewachsene Abwehrhaltung nicht zuletzt in vielen türkischen Communities erzeugt, dem mit Abstand größten Bevölkerungsteil mit Migrationshintergrund. Und genau die orientieren sich insgesamt wieder viel stärker auf ihre Parallelgesellschaften hin als vorher. Nicht nur die inflationär vermehrten türkischen Kopftuchmädchen machen das z.B. im Straßenbild deutlich. Viele vorherigen Ansätze von Integration sind zumindest vorerst verflogen (u.a. Özil hat das deutlich vorgeführt). Genau das hat Erdogan geschickt genutzt. Dass sein Kurs in Richtung Diktatur gerade bei den Türken in Deutschland mehr Unterstützung hat als in der Türkei selbst, ist auch eine logische Folge der konfusen und unregelmäßigen Einwanderungspolitik des deutschen mainstreams in Politik und Medien.



Zu uns kommen viele junge Männer, die oft fundamentalreligiös, zumindest aber mit anderen Zielvorstellungen bzgl. physischer Gewalt, der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, der Toleranz gegenüber Homosexuellen und in beträchtlichen Teilen auch antijüdisch geprägt wurden. **Die Weigerung, die Folgen einer übermäßigen Zuwanderung dieser Gruppe in unsere fragile, liberale und säkulare Gesellschaft zu bedenken und offen anzugehen, zeugt von Verantwortungslosigkeit, Unreife und ideologisch verblendeter Einseitigkeit durch prägende Teile der deutschen Gesellschaft.** Die Mehrheit, ob ohne oder mit Migrationshintergrund, muss das ausbaden. Doch sie wird es nicht ewig hinnehmen, mit dem Verweis auf die deutsche unheilvolle Geschichte alles schlucken zu müssen und dauernd für dumm verkauft zu werden.



Mit Einwohnern aus 197 Ländern und 300 gesprochenen Sprachen ist z.B. London deutlich und viel länger kosmopolitisch als alle Einwanderungsschwerpunkte in Deutschland. Die Kontroversen darüber in der öffentlichen Debatte haben sicherlich einiges zur Brexitentscheidung der Briten beigetragen, was die deutschen Naivlinge in Politik und Medien angeblich völlig überrascht hatte. Man darf allerdings nicht vergessen, dass die meisten Migranten nach UK aus ehemaligen Kolonien kamen bzw. kommen und wenigstens sprachlich besser auf ein Leben in Großbritannien vorbereitet sind als die meisten, die nach Deutschland kommen. Bei der Brexit-Entscheidung ging es nicht unwesentlich auch darum, den weiteren Zustrom von EU-Bürgern etwa aus Osteuropa nach UK zu beschränken. Dagegen waren eben auch namhafte Kreise der Communities aus den ex-Kolonien. Doch das wollte in Deutschland niemanden interessieren. Hier schob man alles auf Alte, Abgehängte auf dem Land und zu apathische junge Leute. Nun aber ist die Welt nicht so simpel gestrickt.

Wie Frankreich, UK und Deutschland polarisiert die Immigration auch klassische Einwanderungsländer wie USA und Australien. Eine Art Glaubenskrieg sei in den USA ausgebrochen, noch ausgetragen „nur“ zwischen 8% „progressiven“ Aktivisten und 6% radikalen „Konservativen“, behauptet u.a. die NGO-Studie „More in common“. Das korreliert auf der „progressiven“ Seite mit den momentanen Erfolgen der deutschen Grünen. Weltoffenheit und Toleranz gelten weithin als positive Tugenden. Bei der rot-grün-Merkelschen Willkommenseuphorie bleibt allerdings die Frage unbeantwortet, was mit den vielen Globalisierungsverlierern in Deutschland auf Dauer werden soll, wenn es z.B. um die Verteilung staatlicher Hilfen für deutsche Unterstützungsbedürftige oder für Migranten geht, die beide mit entsprechenden Rechtsansprüchen ausgestattet sind. Hartz IV-Empfänger und Kleinrentner werden sich z.B. kaum davon überzeugen lassen, daß zweistellige Milliardenbeträge für Migranten und Asylanten bereitstehen, weitere Milliarden für die Sicherung der EU-Außengrenzen, ferner für eine Bekämpfung der Fluchtursachen in Milliardenhöhe mit äußerst begrenzter Wirkung, sie selbst aber mit Kürzungen und Sanktionen rechnen müssen. Die französischen Gelbwesten lassen grüßen!

Noch gravierender ist, dass weder die Merkel-GroKo, noch die Grünen bisher eine realistische Vision vorlegten, wie denn genau die Integration als Zielvorstellung aussehen sollte und könnte!

Natürlich gibt es unter Millionen genügend Einzelbeispiele erfolgreich integrierter und assimilierter Vorzeigmigranten, doch die vielen kaum integrierten Parallelgruppen und die große Mehrheit der neuerlichen Zuwanderer kann mit Weltoffenheit und Toleranz allein nicht zum deutschen Staatsbürger im Sinne des Grundgesetzes befördert werden. Zusehends drohen auch gewaltsame Auseinandersetzungen, spätestens, wenn die noch boomende Wirtschaft lahm und die zuletzt sprudelnden Steuereinnahmen versiegen. Von den bereits jetzt deutlich überforderten Bildungssystemen, Gerichten, Polizei, Gefängnissen u.v.m. ganz zu schweigen.